

Alfred Dregger in Berlin zum Paragraph 116 AFG

Wir halten am Entwurf fest, sind aber zu Gesprächen bereit

„Unsere Kolleginnen und Kollegen von den Sozialausschüssen haben am Wochenende eine Bewährungsprobe bestanden, sie haben sich nicht umrennen lassen, sie haben sich von ihrem Vorsitzenden nicht trennen lassen, sie werden sich auch von der Gesamtfraktion nicht trennen lassen und wir nicht von ihnen“, erklärte Alfred Dregger vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU im Berliner Reichstag.

Eines der Hauptthemen in Berlin war erneut die Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Streiks. Alfred Dregger bezeichnete es als „wenig hilfreich, wenn die FDP uns ermahnen will, was wir zu tun oder zu lassen hätten. Eine sachgerechte Lösung des Konflikts um den § 116 kann ohne politischen Schaden allein von uns herbeigeführt werden. Das ist unsere Last, und das ist unsere Verantwortung. Die CDU ist nicht eine vergrößerte FDP. Wir sind eine große Volkspartei, in der nicht nur Landwirte, Beamte, Unternehmer und Freiberufler verankert sind, sondern wir sind vor allem die große Partei der Arbeitnehmer. Das unterscheidet uns von der FDP.“

Daß der DGB nunmehr zu Sachgesprächen bereit sei, bezeichnete Dregger als großen Erfolg. Er appellierte an alle, von Lüge und Hetze endgültig Abstand zu nehmen. Der Fraktionsvorsitzende be-

OFFENSIVE '87

Zahlreiche CDU-Verbände haben bereits 1985 mit Umwelt-Aktionen begonnen. Welche Materialien und Werbemittel für die „Arbeit vor Ort“ zur Verfügung stehen, erfahren Sie in diesem UiD auf den Seiten 11–20.



**MIT UNS FÜR EINE
LEBENSWERTE
UMWELT**

zeichnete die Gesprächsbereitschaft des DGB auch als einen Erfolg für den DGB in seiner Bedeutung als Einheitsgewerkschaft und Interessenvertretung.

Abschließend betonte Dregger, beim § 116 bestehe ein Handlungsbedarf zur Klarstellung dessen, was die Neutralität der Bundesanstalt angehe. Bei der gegenseitigen Abhängigkeit der modernen Industrieproduktion gehe es nicht an, daß 5 000 Streikende der gewerkschaftlichen Streikkasse zur Last fielen, während zur gleichen Zeit 495 000 durch den Streik lahmgelegte Arbeitnehmer von der Kasse der Bundesanstalt finanziert werden müßten.

Das Risiko und die Last von Streik wie Aussperrung darf den Tarifpartnern nicht von der Allgemeinheit abgenommen werden, sagte Dregger und fügte hinzu, „daß wir für neue Formulierungen offen sind und daß wir gesprächsbereit sind, haben wir bereits vor dem letzten Wochenende zum Ausdruck gebracht. Was wir wollen, sind gleichgewichtige Tarifpartner, ist verantwortungsbewußtes Verhalten auf seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer.“

Zum Bericht des Regierenden Bürgermeisters Diepgen über die Lage Berlins äußerte Dregger seine Freude darüber, daß Berlin im Gegensatz zu früheren Zeiten jetzt wieder positive Schlagzeilen mache und besonders im Bereich der Wirtschaft vom Schlußlicht in die Spitzengruppe vorgerückt sei.

Diepgen setzte sich angesichts der zunehmenden Zahl von Politiker-Reisen in die DDR für Bundestreue und Rücksichtnahme auf das gemeinsame Ganze ein und forderte Absprachen über Grundsatzpositionen mit der Bundesregierung und dem Senat von Berlin. An die Fraktion und die Bundesregierung richtete Diepgen den Appell, sich schon jetzt Gedanken darüber zu machen, was am 25. Jahrestag des Mauerbaues, dem 13. August 1986, geschehen sollte.

HEUTE LESEN SIE

● DOKUMENTATION

Niemand will das Streikrecht einschränken — Die Bundesregierung will die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf sichern. Grüner Teil

● SOZIALAUSSCHÜSSE

CDA-Bundesvorstand weist diffamierende Vorwürfe gegen Norbert Blüm zurück. Seite 3

● RCDS

Trotz massiver Störversuche linker Studenten: Heiner Geißler sprach in Göttingen. Seite 7

● BESCHÄFTIGUNG

Aufschwung erfaßt zunehmend den Arbeitsmarkt. Seite 9

Subventionsabbau durch sparsame Haushaltsführung

Die Subventionsausgaben des Bundes sind mit 13,4 Milliarden DM 1985 um mehr als 1 Milliarde DM hinter den vom Parlament bewilligten Ansätzen von 14,5 Milliarden DM zurückgeblieben. Sie konnten damit um insgesamt 0,2 Milliarden, das sind 1,5 v. H., gegenüber dem Vorjahr zurückgeführt werden. Dies ergibt sich aus den jetzt vorliegenden Daten zum vorläufigen Haushaltsabschluß 1985. Der Anteil der Subventionsausgaben im Bundeshaushalt ist damit auf 5,2 v. H. abgesunken; im Zeitraum 1970 bis 1982 hatte er noch zwischen 9,2 und 5,4 v. H. betragen.

Die konsequente Finanzpolitik zum Abbau der Neuverschuldung durch eine sparsame Ausgabengestaltung hat damit auch die Struktur der Bundesausgaben positiv beeinflußt.

Im Bundeshaushalt 1986 (Soll) ist gegenüber dem Haushaltssoll des Vorjahres eine Rückführung der Subventionsausgaben um 3½ v. H. vorgesehen.

CDA-Bundesvorstand weist Vorwürfe gegen Norbert Blüm zurück

Der CDA-Bundesvorstand hat am Freitag, 17. 1. 1986, folgende Erklärung einstimmig beschlossen:

1. Die CDA verurteilt die Gewalttätigkeiten gegen den Frankfurter Oberbürgermeister und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Walter Wallmann. Gewalt ist kein Mittel politischer Auseinandersetzung. Wer Gewalt anwendet, beschädigt beste gewerkschaftliche Traditionen: Offenheit und Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden.

2. Die CDA ist empört darüber, daß zum wiederholten Mal in Gewerkschaftsblättern und auf Plakaten Vergleiche zwischen der Bundesregierung und den sie tragenden Kräften mit dem Naziregime vorgenommen wurden. Diese ungeheuerlichen Vergleiche verniedlichen und verharmlosen den Naziterror und entwerten das Ansehen der Gewerkschafter, die im Kampf um freie und unabhängige Gewerkschaften dem Naziregime zum Opfer gefallen sind.

3. Die CDA dankt Norbert Blüm für die Anstrengungen, eine konsensfähige Lösung zwischen allen Beteiligten zur Sicherung der Neutralität des Staates im Arbeitskampf zu erreichen. Die Gespräche mit den Sozialpartnern waren weder erfolglos noch umsonst. Sie haben zu wichtigen, vorher umstrittenen Fragen Klarstellungen zwischen allen Beteiligten erzielt.

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sind ursprüngliche Vorschläge von FDP, Arbeitgebern, Teilen der

CDU/CSU und Prof. Müller, die eindeutig die Streikfähigkeit der Gewerkschaften beeinträchtigt hätten und deshalb zu Lasten der Arbeitnehmer gegangen wären, vom Tisch.

Die CDA weist deshalb alle unsachlichen, diffamierenden Vorwürfe gegen Norbert Blüm zurück. Es wird weder der Opposition noch ihren gewerkschaftlichen Helfershelfern gelingen, einen Keil zwischen die Sozialausschüsse und ihren Vorsitzenden zu treiben.

4. Die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit muß im Arbeitskampf gegen Umgehungsmöglichkeiten abgesichert werden. Wir begrüßen die Erklärung des Bundesarbeitsministers, für Verbesserungsvorschläge offen zu sein.

Die CDA fordert die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, im beginnenden Gesetzgebungsverfahren sicherzustellen, daß die seit 1969 und 1973 gültige Rechtslage zur Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit auch unter veränderten technologischen Bedingungen erhalten bleibt und nicht zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verändert wird.

5. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, mit den Mitgliedern der Arbeitnehmergruppe und den Verantwortlichen der Bundestagsfraktion der CDU/CSU in einen Dialog über dazu hilfreiche Formulierungen einzutreten.

(siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe)

Aufgespießt

Johannes Rau, SPD-Kanzlerkandidat, ist bei den Werbefachleuten und -agenturen mit seiner Anzeigenkampagne „Den Anstand wahren!“ auf heftigen Widerspruch gestoßen. In der von ihm unterzeichneten Annonce heißt es u. a.: „Nur wer nicht überzeugend politisch handeln kann, flüchtet gern in die Welt der PR-Berater und Werbeagenturen.“ Der Medieninformationsdienst „textintern“ fragt: „Hat die SPD keine Werbeagentur, Acon mit Namen? ‚Flüchtete‘ sie sich bei den letzten Bundestagswahlen mit zweistelligen Millionenbeträgen in die Werbung, weil sie nicht überzeugend politisch handeln konnte? Oder soll die Kommunikationsindustrie jetzt von ‚Bruder‘ Johannes verteuftelt werden?“

★

Der saarländische Umweltminister **Jo(sef) M. Leinen, SPD,** konnte es wieder einmal nicht lassen, in eines der vielen am Wegesrand stehenden Fettnäpfchen hineinzutapsen. In der Dezemberausgabe der vom Bundesjugendring herausgegebenen Zeitschrift „Jugendpolitik“ wird das rotgrüne Aushängeschild der Genossen für eine ganz be-

stimmte politische Szene wie folgt zitiert: „Die Stahlindustrie steckt in der Krise, befindet sich an der Saar im Niedergang. Im Laufe der Zeit wird sich ein großer Teil der Umweltprobleme hier von selbst erledigen: Eine tote Stahlindustrie macht keinen Dreck mehr.“

Da Leinens politischer Herr und Meister Oskar Lafontaine nach all den Bauchlandungen seines jüngsten Kabinettsmitgliedes nicht bereit ist, ihn aus der Regierung zurückzuziehen, sollte man da dem SPD-Ministerpräsidenten nicht empfehlen, speziell für Leinen ein neues Ressort zu schaffen: Der saarländische Minister ohne besondere Aufgaben, für politische Fehlritte und Skandale?

★

Martin Kriele, SPD-Mitglied und Kritiker der Brandtschen Zentralamerika-Politik, soll aus der Partei ausgeschlossen werden. Munition dafür liefert auch der Ex-Schatzmeister der SPD, Hans-Jürgen Wischniewski. Er wirft Kriele vor, er trete für die Ausweitung des Krieges in dieser Region ein. Der Kölner Wissenschaftler hatte mehrfach darauf hingewiesen, daß die Junta in Nicaragua die Menschenrechte verletzt.

Jedes dritte Mitglied übt Kritik am DGB

42 Prozent der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sind mit der Art, wie die Gewerkschaften ihre Interessen vertreten, unzufrieden. Das geht aus einer Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung hervor. Nach der Studie, die auf der Befragung von 3000 Bundesbürgern im November basiert, beurteilt sogar jedes dritte Gewerkschaftsmitglied die gewerk-

schaftliche Interessenvertretung kritisch. Die jetzt in Bonn vorgelegte Untersuchung spricht von einem „allgemeinen Bedeutungsschwund“ der Gewerkschaften. Nur 30 Prozent der Befragten vertraten die Ansicht, der Einfluß der Gewerkschaften habe in den letzten Jahren zugenommen. Weitere Ergebnisse der Studie: 55 Prozent der Bevölkerung glauben, die Gewerkschaften „kümmern sich zuwenig um die Arbeitslosen“. Den Satz: „Die Gewerkschaften tun viel für den Wirtschaftsaufschwung“ beantworteten nur 27 Prozent mit Ja.

Maßnahmen der Bundesregierung fördern Umweltschutz in Städten und Gemeinden

Die Bundesregierung hat seit Übernahme der Regierungsverantwortung zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die mittelbar oder unmittelbar eine nachhaltige Verbesserung der Umweltsituation in Städten und Gemeinden zur Folge haben.

Die **Verminderung der Luftverschmutzung** durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen, vor allem durch die Einführung des schadstoffarmen Pkw, ist hier an erster Stelle zu nennen. Saubere Luft nutzt nicht nur dem Wald, sondern auch den Menschen und dem kostbaren historischen Erbe an Bauten und Denkmälern.

Die Bundesregierung hat nicht nur die längst fällige Großfeuerungsanlagenverordnung erlassen, das Bundesimmissionschutzgesetz neu gefaßt und die technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft erheblich verschärft, sondern auch durch die steuerlichen Anreize für Besitzer schadstoffarmer Pkw ein unüberhörbares Signal gesetzt. Innerhalb kürzester Zeit entstand ein flächendeckendes Netz von mittlerweile mehr als 4000 Tankstellen mit bleifreiem Benzin. Zudem ist ab 1. Januar 1986 bleifreies Benzin billiger als verbleiteter Treibstoff. Es kann festgehalten werden: In der auch für die Kommunen wichtigen Luftreinhaltepolitik steht die Bundesregierung an der Spitze der Europäischen Gemeinschaft.

Auch bei der **Vermeidung von Lärmbelästigungen** der Bürger hilft die Bundesregierung den Gemeinden. Die Lärmgrenzwerte für neu zugelassene Kraftfahrzeuge sind verschärft worden. Jährlich stehen

250 Millionen DM für Lärmschutzmaßnahmen zur Verfügung. Einen klaren Schwerpunkt setzt die Bundesregierung im Bau von umweltfreundlichen Ortsumgehungen: 930 Millionen DM, das sind 80 % der Gesamtinvestitionen im Bundesstraßenneubau, stehen für diesen Zweck zur Verfügung.

Die vorbildlichen Leistungen der kommunalen Verbände in der **Abwasserreinigung** werden von der Bundesregierung ausdrücklich unterstützt. Mit der Änderung des Waschmittelgesetzes, der fünften Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes und der Änderung des Abwasserabgabengesetzes gibt die Bundesregierung Städten und Gemeinden ein wirksames Instrument zur Hand, das erheblich zur weiteren Entlastung der Gewässer beitragen wird.

Beim Gewässerschutz haben die Kommunen ihrerseits eine besondere Aufgabe in der vorsorgenden Vermeidung von Umweltschäden durch Ergreifen massiver Abwasservermeidungsmaßnahmen an den Quellen der Schadstoffbelastungen. Darin werden sie von der Bundesregierung entschieden unterstützt.

Weiterhin fördert die Bundesregierung intensiv die **Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte der Abfallbehandlung** und unterstützt damit die Kommunen bei der Abfallbeseitigung. Die derzeit in parlamentarischer Bearbeitung befindliche vierte Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz bedeutet einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg von der traditionellen Abfallbeseitigungs- zur Abfallverwertungswirtschaft.

Auch bei dem von der Bundesregierung vorgelegten **umfassenden Bodenschutzprogramm spielen die kommunalen Verbände eine tragende Rolle. Die im Programm geforderte Trendwende im Landverbrauch läßt sich ohne engagierte Mitwirkung der Städte und Gemeinden nicht verwirklichen.**

Um auch die notwendigen finanziellen Mittel für die Verwirklichung dieser umweltpolitischen Ziele bereitzustellen, hat die Bundesregierung den Betrag für die Städtebauförderung von 220 Millionen DM im Jahr 1982 um 50 % auf 330 Millionen DM im Jahre 1985 erhöht und für 1986 und 1987 sogar eine Verdreifachung dieser Mittel auf jährlich eine Milliarde DM beschlossen. Damit stehen, zusammen mit Geldern der Länder und Gemeinden, allein im Bundesprogramm für diese beiden Jahre 4,6 Milliarden DM zur Stadterneuerung bereit.

Auch die Kredite für Umweltschutzinvestitionen aus dem ERP-Sondervermögen 1986 und 1987 werden um jährlich 600 Millionen DM auf 1,2 Milliarden DM aufgestockt. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau stellt weitere 600 Millionen DM zur Verfügung.

Allein 300 Millionen DM sind für abfallwirtschaftliche Investitionen vorgesehen. Ferner fördert die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten Modellvorhaben zur Verkehrsberuhigung, zur Stadt-sanierung, zur naturnahen Gestaltung städtischer Grünflächen und zum ökologischen Bauen.

Fazit: Beim entscheidenden Schritt im Umweltschutz, der in der Umsetzung neu geschaffener moderner Gesetze und Technologien in die Praxis besteht, spielen die Kommunen und Kommunalpolitiker die entscheidende Rolle. Sie können sich bei dieser wichtigen Aufgabe unserer Zeit auf die Unterstützung durch die Bundesregierung Helmut Kohl verlassen.

Soviel Autos wie noch nie produziert

Die deutsche Automobilindustrie hat 1985 einen neuen Produktionsrekord erzielt. Insgesamt rollten fast 4,5 (Vorjahr: 4,1) Millionen Kraftfahrzeuge von den Bändern, im bisherigen Spitzenjahr 1979 waren es 4,25 Millionen Stück gewesen. Das Rekordergebnis ist, wie der Verband der Automobilindustrie (VDA) mitteilt, vor allem Folge der Produktionsausweitung von Pkw/Kombi um zehn Prozent von 3,8 auf 4,2 Millionen Einheiten.

Bernhard Vogel: Keine Nullrunde für Beamte

Als Mitglied des Bundesvorstandes überbrachte Ministerpräsident Bernhard Vogel der beamtenpolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen die Grüße der CDU Deutschlands. In seiner Rede verwies Vogel darauf, daß der Staat wie auch die Wirtschaft gegenüber seinen Bediensteten nicht auf Anreize für besondere Leistungen verzichten könne.

Auch im öffentlichen Dienst müsse sich Leistung lohnen. Es gebe keinen vernünftigen Grund, die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes von diesem richtigen Prinzip auszuklammern.

Für die aktuelle Besoldungsrunde 1986 sprach sich der CDU-Politiker für eine der günstigen Wirtschaftsentwicklung angemessene Anpassung aus. Dabei sei allerdings auch eine außerordentlich günstige Preisentwicklungsrunde zu berücksichtigen und die Steuerentlastungen durch das Steuersenkungsgesetz 1986/88.

Trotz massiver Störversuche: Heiner Geißler sprach in Göttingen

Als „Erfolg und als ein positives Zeichen für die Durchsetzungskraft der Demokratie“ bezeichnete es Generalsekretär Heiner Geißler, daß der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Göttingen trotz massiver Störversuche planmäßig eine Diskussionsveranstaltung mit etwa 1200 Teilnehmern in der Universität hat durchführen können. Geißler, der vom RCDS als Gast nach Göttingen eingeladen worden war, hob hervor, daß damit erstmals „nach acht Jahren wieder eine Veranstaltung mit einem CDU-Spitzenpolitiker an dieser Hochschule“ stattgefunden habe.

Nach Mitteilung der Veranstalter waren es etwa 300 zum Teil mit Gesichtstüchern verummte Störer, die mit Protestgeschrei und Pfeifkonzerten versuchten, den Generalsekretär sowie den RCDS-

Bundesvorsitzenden, Christoph Brand, am Reden zu hindern. Dies sei aber ebenso wenig gelungen wie der Versuch, die nachfolgende Diskussion unmöglich zu machen. Allerdings konnte die Veranstaltung nur dank umfangreicher Sicherheitsmaßnahmen planmäßig gegen den Widerstand der gewalttätigen Störer abgewickelt werden.

Diese setzten sich nach zuverlässigen Informationen teilweise aus Punkern, mehrheitlich aber aus Anhängern der grün-alternativen Hausbesetzerszene, des Kommunistischen Bundes und des MSB Spartakus sowie aus Mitgliedern der Ju-so-Hochschulgruppe zusammen. Geißler nannte es den „eigentlichen Skandal“, daß Gewalt und Psycho-Terror inzwischen zu einem politischen Instrument der Linken geworden seien und forderte die jungen Sozialdemokraten auf, nicht mehr mit Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Keine Bundesmittel für „Neue Heimat“

Die vom Konkurs bedrohte Neue Heimat erhält kein Geld aus dem Bundshaushalt, erklärte Finanzminister Stoltenberg.

In Aalen sagte er: Die Verantwortung für die Millionen Mieter der „Neuen Heimat“ liege ganz klar beim Deutschen Gewerkschaftsbund.

In der „Welt am Sonntag“ bringt CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die „absolut unberechtigten Vorwürfe“ der Gewerkschaften gegen die Regierung anlässlich der Novellierung des „Streik-Paragraphen 116“ mit dem „Mißmanagement von SPD-Gewerkschaftsfunktionären“ bei der „Neuen Heimat“ in Verbindung. „Ich habe manchmal den Eindruck, daß die faustdicken Lügen der IG Metall bei

ihrer Kritik an der Bundesregierung in einem Zusammenhang stehen mit der Situation bei der Neuen Heimat“, meinte der CDU-Politiker.

„Die ‚Neue Heimat‘ muß unverzüglich ihre Bücher offenlegen und notfalls Konkurs anmelden“, fordert der FDP-Abgeordnete Josef Grünbeck. „Die ‚Neue Heimat‘ hat seit Kriegsende über 100 Milliarden Mark öffentliche Fördermittel erhalten“, sagte Grünbeck der Bild-Zeitung. „Der Steuerzahler hat ein Recht darauf zu erfahren, wo das Geld geblieben ist. Mir scheint, daß nicht der Bundeskanzler oder der Steuerzahler, sondern das Konkursgericht die richtige Adresse für die ‚Neue Heimat‘ ist.“

Mehr Chancen für Sonderschüler

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Kulturpolitik, Minister Peter Bendixen, und sein Stellvertreter, der Parlamentarische Staatssekretär Anton Pfeifer, stellten in Bonn den Beschluß zur Ordnung des Sonderschulwesens vor. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU hält in Anbetracht der seit 1972 veränderten Rahmenbedingungen eine Neufassung der „Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Ordnung des Sonderschulwesens“ für erforderlich.

Im Anschluß an den Beschluß des 30. Bundesparteitages der CDU zur Bildungspolitik (Ziffer 52) geht der Bundesfachausschuß Kulturpolitik daher von folgenden Leitlinien aus:

1. Die Berufs- und Lebenschancen behinderter Kinder und Jugendlicher werden stärker als bei Nichtbehinderten von der Qualität der Ausbildung und der erreichten Abschlüsse bestimmt. Dabei kommt es darauf an, der Gefahr unnötiger Schonräume und isolierender Sonderbedingungen entgegenzuwirken.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Abnahme der Klassenstärke in den allgemeinen Schulen auch dazu geführt hat, daß weniger behinderte Kinder in Sonderschulen überwiesen werden. Gemeinsames Lernen behinderter und nichtbehinderter Schüler ist freilich nur dann verantwortlich zu vertreten, wenn zusätzliche sonderpädagogische Maßnahmen sowie eine entsprechende bauliche Ausstattung sichergestellt sind und ein pädagogisch sinnvolles Verhältnis zwischen der Anzahl der Behinderten

und der Nichtbehinderten je Klasse gegeben ist.

2. Eine kontinuierliche, ganzheitlich orientierte Betreuung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder bedarf des Ausbaus sonderpädagogischer Maßnahmen in Frühförderung, Kindergarten, Grundschule, weiterführenden Schulen und Sondereinrichtungen sowie der intensiven Zusammenarbeit zwischen Sonderschulen und allgemeinen Schulen.

3. Entsprechend ihren Fähigkeiten ist behinderten Jugendlichen der Erwerb qualifizierter Schulabschlüsse zu ermöglichen und durch flankierende Maßnahmen der Übergang von der Schule in die Phase der beruflichen Ausbildung sowie in die Arbeits- und Erwachsenenwelt zu erleichtern. Behinderte Jugendliche müssen durch die Schule mehr als seither auf die für sie besonders schwierige Übergangphase von der Schule in die berufliche Ausbildung und das Erwerbsleben vorbereitet werden.

4. Soweit berufliche Ausbildungsgänge im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes und Handwerksordnung durchlaufen werden, muß sichergestellt sein, daß die erforderliche Förderung behinderter Jugendlicher während der gesamten Berufsausbildung, insbesondere auch durch die intensive Zusammenarbeit zwischen Sonderschule und Berufsschule, kontinuierlich weitergeführt und gesichert wird.

Ausgehend von dem Prinzip „soviel besondere Förderung wie nötig, soviel gemeinsames Lernen wie möglich“ sollte sich jede zukünftige Gestaltung pädagogischer Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher nicht an einer vorbestimmten Institution orientieren, sondern ausschließlich an der Förderungsbedürftigkeit des einzelnen. Eine stärkere Flexibilität der Maßnahmen ist daher ebenso wichtig wie unterschiedliche Organisationsstrukturen.

Aufschwung erfaßt zunehmend den Arbeitsmarkt

Die vom Statistischen Bundesamt bekanntgegebenen gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse 1985 bestätigen, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik weiter vorangekommen ist. Das reale Bruttosozialprodukt ist 1985 um 2,5 Prozent gewachsen, wobei das Wachstum neben dem Export und den Ausrüstungsinvestitionen zunehmend auch vom privaten Verbrauch getragen wird.

Der Aufschwung geht auch nicht am Arbeitsmarkt vorbei, wie unsachliche Äußerungen von Sozialdemokraten weismachen wollen, stellt Karl Heinz Spilker, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest. Dies zeigt ein Blick auf die Fakten:

Im Jahresverlauf ist die Zahl der Erwerbstätigen kontinuierlich gestiegen. Für das Gesamtjahr 1985 ergab sich eine Zunahme der Beschäftigung um 201 000 Personen, und für 1986 wird eine weitere Steigerung um 300 000 erwartet. Dies bedeutet für die Jahre 1985 und 1986 die Schaffung rund einer halben Million neuer Arbeitsplätze. Dagegen war die Zahl der Arbeitsplätze in den Jahren 1981 und 1982 — unter Verantwortung der SPD — um weit mehr als 600 000 gesunken.

Wenn die absolute Zahl der Arbeitslosen leider noch nicht gesunken ist, obwohl die Beschäftigung zunimmt, so vor allem deshalb, weil erheblich mehr junge Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen als ältere Menschen ausscheiden und sich in zunehmendem Maße mehr Personen um eine Stelle bemühen als bisher. Gleichwohl ist festzuhalten, daß der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Verantwortung der SPD — in den Jahren 1981

und 1982 lag die Zunahme der Arbeitslosigkeit bei jeweils über 40 Prozent — gestoppt werden konnte und für dieses Jahr mit einer merklichen Verringerung der Arbeitslosenzahlen zu rechnen ist.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist von über einer Million Ende 1982 auf 184 000 im Dezember 1985 gesunken. Im Jahresdurchschnitt 1985 lag die Kurzarbeiterzahl bei 235 000, das waren fast 40 Prozent weniger als 1984. Unter der politischen Verantwortung der SPD war 1981 und 1982 die Kurzarbeit um 153 Prozent bzw. 75 Prozent auf über 600 000 explodiert.

Die Zahl der offenen Stellen ist 1985 um 25 Prozent auf 110 000 gewachsen, nachdem sie bereits 1984 um 16 Prozent zugenommen hatte.

Erfreulich ist auch, daß die Anzahl der jugendlichen Arbeitslosen um fast 4 Prozent 1985 zurückgegangen ist, .

VW plant 4 500 neue Arbeitsplätze

Die Volkswagen AG hat seit Jahresbeginn 1986 in ihren sechs inländischen Werken bereits 600 Neueinstellungen vorgenommen. Weitere 2 900 sieht die Personalplanung für das erste Halbjahr vor. Damit setzt sich die positive Entwicklung der Beschäftigtenzahl bei VW weiter fort, die seit Jahresmitte 1984 bis Ende 1985 insgesamt rund 18 000 Neueinstellungen (einschließlich Auszubildende) ermöglicht hatte. Mit Neueinstellungen in einer Größenordnung von weiteren 1 000 Mitarbeitern rechnet das Unternehmen bei weiterhin guter Nachfrageentwicklung für die zweite Jahreshälfte. .

Carstens: Wir setzen auf Sieg

Bundes- und landespolitisch sind wir auf dem richtigen Weg, erklärte der Bundestagsabgeordnete Manfred Carstens auf dem Parteitag der Oldenburger CDU am 18. Januar 1986 in Nordenham in seinem ersten Rechenschaftsbericht als CDU-Landesvorsitzender.

Carstens hob die Erfolge seines Landesverbandes in der Mitgliederwerbung hervor und betonte, die CDU habe die Frauen und Männer aller Schichten und Bevölkerungsgruppen gewonnen, die sich bei den bevorstehenden Wahlen für das Wohl der Bürger vor Ort einsetzen wollen. Wir setzen nicht auf Platz, sondern bei der Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl auf Sieg, erklärte Carstens, indem er die Erfolge der Regierungen Kohl und Albrecht hervorhob, denen die SPD, so Carstens, nichts entgegensetzen habe.

Das Hauptreferat auf dem Parteitag hielt Ministerpräsident Ernst Albrecht, der die Leistungen seiner Regierung insbesondere im Straßenbau, bei den Energiepreisen, bei der Haushaltskonsolidierung und im Forschungsbereich herausstellte. Er bezeichnete Niedersachsen als „Forschungsland“ und betonte den Rückgang der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen gegenüber steigenden Arbeitslosenzahlen in den anderen norddeutschen Ländern. „Dieses Land“, so Albrecht, „glaubt an seine Zukunft. Wir haben das Siegen nicht verlernt, wir wollen und werden die Wahlen gewinnen.“

Am Rande des Parteitages übergaben etwa 200 demonstrierende Gewerkschafter dem Ministerpräsidenten eine Resolution zum Streit um den § 116 AFG.

MdEP Werner Münch forderte auf dem Parteitag, endlich eine demokratische Le-

gitimation für Europa. „Wir brauchen in Europa Parlamentsrecht und nicht Beamtenrecht. Es kann auf Dauer nicht gut sein und nicht hingenommen werden, daß die Bürger in der Europäischen Gemeinschaft eine andere Demokratie erleben als zu Hause“, sagte der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende. „Im Zusammenwirken von Europa-, Bundes- und Landespolitik müssen wir in unserer Region darauf achten, daß es keine Verlagerung von wichtigen Bereichen nach Süden gibt“, forderte Werner Münch abschließend.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wählte der Parteitag die Mitglieder für den Parteiausschuß der CDU in Niedersachsen und behandelte 29 Anträge zu fast allen aktuellen Themen, u.a. stellte sich der Parteitag hinter die Forderung der Frauenvereinigung, auch in den Kommunen sogenannte Gleichstellungsstellen einzurichten und bei der bevorstehenden Kommunalwahl Frauen und Männer ausgewogen auf den Wahllisten der CDU zu berücksichtigen.

NRW muß 400 000 Mark Strafe zahlen

Das Land sollte eigentlich Vorbild sein: Doch bei 927 Dienststellen sind 401 nicht mit der vorgeschriebenen Quote von sechs Prozent Schwerbeschädigten besetzt. NRW muß deshalb 400 000 DM Strafe zahlen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Schauerte: „Ein Skandal ersten Ranges.“ Die Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehinderten: „Wenn die Kürzungen so weitergehen, muß das Land nächstes Jahr Millionenbeträge aus Steuergroschen für die Behinderten bezahlen.“

CDU

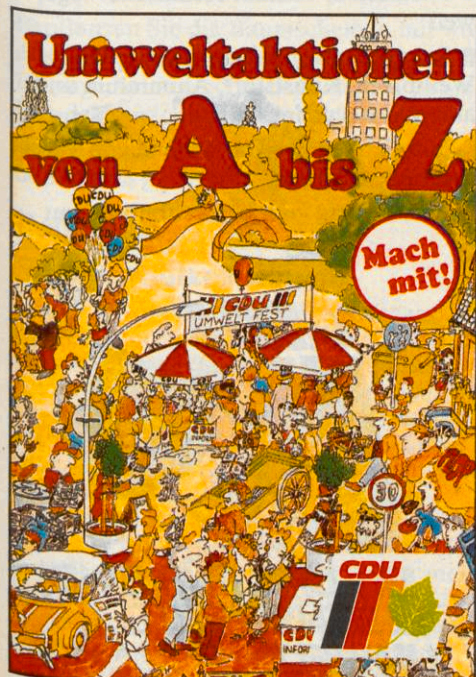


MIT UNS FÜR EINE LEBENSWERTE UMWELT

Umweltschutz geht jeden an. Mit der Aktion „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“ setzt die CDU auf das Engagement vor Ort. Zupacken dort, wo der „Umwelt-Schuh“ drückt, heißt die Devise. Keine großen Worte, sondern viele kleine Taten sind gefragt.

Zahlreiche CDU-Verbände haben bereits 1985 mit Umwelt-Aktionen begonnen. 1986 soll es natürlich weitergehen. Hierbei liefert das Aktionshandbuch „Umweltaktionen von

A bis Z“ vielfältige Aktionsideen mit Tips für die Durchführung in jedem Ortsverband. Einige Beispiele sollen das verdeutlichen.



Aktionshandbuch: Umweltaktionen von A bis Z Mach mit!

Vielfältige Aktionsbeispiele regen zum Nachmachen an.

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM

Bestell-Nr. 3670

Umweltwoche • Umwelttag

Ziel: Möglichst die gesamte Bandbreite der vorhandenen Umweltaktivitäten vor Ort mit einbeziehen. Denn Umwelt geht alle an, und die CDU will mit dieser Initiative auch alle ansprechen. Versuchen Sie vor allem auch, ortsansässige Vereine, Betriebe und Firmen für die Aktion zu begeistern.



Beispiel:

Kommunalpolitische Umweltschutzinitiative der CDU-Fraktion Extertal

Der Rat möge beschließen:

Die Gemeinde führt im Jahre 1986 „Umweltschutztage“ durch unter der Beteiligung von Umweltschutzgruppe Landwirtschaft, Jäger/Hegering, Schulen usw. Es sollte eine Kommission gebildet werden, die sich aus interessierten Vertretern von Gemeinde, Umweltausschuß und der beteiligten Vereine bzw. Verbände zusammensetzt. Diese Kommission arbeitet ein Programm für 3 bis 5 Tage aus und ist für Organisation und Koordination verantwortlich. Folgende Vorschläge sollen seitens der CDU-Fraktion gemacht werden und der Kommission zur Diskussion dienen:

- Mitarbeit bei der Anlegung von Biotopen, Anpflanzungen etc.
- Film und Dias über das Extertal und seine Naturlandschaft
- Entrümpelungsaktion der Vereine (siehe Antrag der CDU)
- Einbindung der Schulen (Projektwoche), Plakate, Ausstellung, Aufsätze
- Bauernhofbesichtigung, Vortrag Landwirtschaftskammer

- Wanderung, Diavorträge, Waldsterben, Jäger als Umweltschützer
- Wald-, Bach- und Landwirtschaftssäuberungen
- Vortrag VHS: Konkreter Umweltschutz vor unserer Haustür, Verstärkte Information der Bürger über die Themen Abfall, Sondermüll, Recycling etc.
- Nistkasten, Thema: Heimische Vogelwelt
- Sammlung von Altglas, Altpapier, Weißblech, Kunststoff, Aluminium und anderen Recyclingstoffen
- Möglichkeit der Darstellung von Vereinen bzw. Gruppen
- Fachvortrag vom Umweltbundesamt



Baumpatate



Die CDU vor Ort geht mit gutem Beispiel voran und pflanzt nach fachlicher Beratung durch das Gartenbauamt Bäume an Straßenzügen oder in Parkanlagen und übernimmt die Patenschaft.

Bestens geeignet auch für längerfristige Dokumentation, z. B.

- Wie haben sich die Bäumchen in einem Jahr entwickelt?
- Wie viele neue Baumpaten hat die CDU in einem Jahr geworben?

Baumscheiben-Bepflanzung •

Baumschutz



Bepflanzen Sie die Baumscheiben mit widerstandsfähigen, niedrigen Bodendeckern (Beratung durch den Fachhandel). Dornige Arten sind zu bevorzugen, da sie der „Fremdnutzung“ als Hundeklo nachhaltig Einhalt gebieten.

Schützen Sie die Baumstämme vor Autostoßstangen durch Anbringung von Palisaden oder durch großvolumige Steinbrocken am Rand der Baumscheibe.

Beispiel:

Steine schützen Bäume

Immer wieder mußten einige Anlieger der Augenbroicher Straße in Euskirchen feststellen, daß Bäume beim Einparken beschädigt wurden. Eine gute Idee, die jetzt an einem der Bäume ausprobiert wurde, kann für Abhilfe sorgen: ein paar Platten rund um den Baum wurden herausgenommen, die Fläche wurde bepflanzt und mit Steinen abgegrenzt. So spürt der Autofahrer beim Einparken einen Widerstand, bevor er den Baum auch nur berühren kann. Und hübsch sieht das ganze auch noch aus. Ein preiswerter und wirkungsvoller Baumschutz ist auch mit einem selbstgebauten Holzgitter möglich.



Arbeitskreis „Umweltschutz“

Gründen Sie als ersten Schritt in Ihrem Ortsverband einen Umwelt-Arbeitskreis und beschäftigen Sie sich mit den Themen, die gerade vor Ort brennend interessieren.

Melden Sie sich zu Wort! Schreiben Sie Leserbriefe in den vor Ort verbreiteten Zeitungen und nehmen Sie zu aktuellen Umweltthemen Stellung.

Mach mit!

Beispiel: CDU-Arbeitskreis Umwelt in Euskirchen



CDU-Beratungsdienst für Katalysator

Beispiel: Niedersachsen

In Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen informiert die CDU u. a. über Technik, Kosten und Steuererleichterungen beim Katalysator. Die „klaffende In-

formationslücke“, auch über Standorte von Tankstellen, an denen bleifreies Benzin angeboten wird und darüber, welche einzelnen Autotypen bleifrei fahren können, wird geschlossen.

„Entscheidung für die Umwelt“

CDU-Aktion: Neuer Beratungsdienst für Katalysator-Auto

Eigener Bericht

sr. Hannover

Ein kostenloser und firmenunabhängiger „Informations- und Beratungsservice für das umweltfreundliche Auto“ ist auf Initiative der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion ins Leben gerufen worden. In einer „konzertierten Aktion“ wird vom 2. Dezember an ein teilweise auch mobiler Beratungsdienst des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC), des Deutschen Kraftfahrzeug-Überwachungsvereins (DEKRA), des Landesinnungsverbandes des niedersächsischen Kraftfahrzeug-Handwerks und des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) für Fragen von interessierten Autofahrern zur Verfügung stehen.

Der Informations- und Beratungsservice soll flächendeckend in insgesamt 21 Städten eingerichtet werden und dauert zunächst bis zum 28. Februar, erläuterte der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Remmers die Initiative am Dienstag in Hannover. Schirmherr der neuen Einrichtung ist Ministerpräsident Ernst Albrecht.

Experten der Trägerorganisationen werden telefonisch oder im persönlichen Ge-

spräch Autofahrern Informationen und Tips zu den Möglichkeiten geben, schadstoffarm Auto zu fahren. Informiert wird zum Beispiel über die Kosten für den Einbau eines Katalysators oder anderer Reinigungssysteme, über die daraus folgenden möglichen steuerlichen Erleichterungen, über Tauglichkeit und Lebensdauer eines Katalysators und über die Standorte der Tankstellen, an denen bleifreies Benzin gezapft werden kann. Von einigen Automobilfirmen werden zudem Merkblätter herausgegeben, die Auskunft über die Katalysatorausrüstung der einzelnen Autotypen geben sollen.

Ziel der Aktion sei, sagte Remmers, die bei den Autofahrern immer noch vorhandenen „klaffenden Informationslücken“ über das schadstoffarme Auto zu schließen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende appellierte an alle Autofahrer, freiwillig eine Entscheidung für die Umwelt zu treffen. Weiterhin forderte er auch die Autohersteller auf, sich insbesondere mit Hilfe gezielter Schulung des Verkaufspersonals für den vermehrten Verkauf von Katalysatorautos einzusetzen und sogar Verkaufsprämien für Mitarbeiter einzuführen.

Materialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihre Arbeit in den Verbänden

Natürlich wollen Sie vor Ort im Rahmen dieser und anderer Aktionen den Bürger über die aktuelle Umweltpolitik der CDU informieren. Hierzu steht folgendes Informationsmaterial zur Verfügung (zu beziehen über das IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold).



Broschüre: Katalysator, bleifreies Benzin: Unsere Luft wird sauberer

Alle Informationen, wie man als Autofahrer die Umwelt schützen und zugleich Steuern sparen kann.

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM

Bestell-Nr. 2664

Zur Sache:

Jetzt

Umweltschonend
Preisgünstig

bleifrei fahren!

Immer mehr Autofahrer steigen um auf bleifreies Benzin:

- In den ersten Wochen des neuen Jahres wurden bereits 40 Prozent mehr bleifreies Benzin getankt als im Dezember 1985. Bleifreies Benzin ist am Absatz von Normalbenzin teilweise bereits mit 20 bis 40 Prozent beteiligt.

- Innerhalb von sechs Monaten stieg die Zahl der schadstoffarmen Autos von 42.400 auf 600.000. Im Dezember 1985 waren bereits 27 Prozent aller neu zugelassenen PKW schadstoffarm. 1986 wird

dieser Anteil auf 50 bis 75 Prozent ansteigen.

Das schadstoffarme Auto ist also auf Erfolgskurs. Die Regierung Helmut Kohl hat richtig entschieden. Immer mehr Autofahrer stellen fest: Vergünstigungen bei der Kfz-Steuer und beim bleifreien Benzin entlasten den Geldbeutel und schonen die Umwelt.

Es zeigt sich: Die Maßnahmen der Bundesregierung nützen dem Wald, sie schützen Umwelt und Gesundheit.

Also heißt es ab sofort: Umweltfreundlich fahren – Geld sparen!

Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

UNSERE UMWELT-BILANZ

Uns Umweltchutz ist die Regierung Helmut Kohl gut voran gekommen. Wirksame Gesetze zur Sicherung einer „lebenswerten Umwelt“ wurden nahezu beschlossen oder sind auf dem Weg, insbesondere die beispielhaften Entscheidung über den Umweltschutz auf nationaler wie internationaler Ebene voran. Als Vertreter in Europa hat die Regierung Helmut Kohl die Probleme der Umwelt sehr ernst und sofort behandelt. Denn Umweltschutz ist nicht alleine eine nationale Aufgabe. Der Kampf gegen die Wildschäden oder der Schutz der Hartfasse sind Probleme, die alle Europäer angehen und die nur gemeinsam bewältigt werden können, denn Schadstoffe in Luft und Wasser machen an keiner Grenze halt.



LUFT

Die Bundesregierung hat die Luftverschmutzung durch den Einsatz von Kohle in Kraftwerken und durch die Abgas-Emissionen von Autos und LKWs durch neue Abgasvorschriften im Jahr 1985 um 15 Prozent gesenkt. Durch die „Schleifen-Regelung“ der Bundesregierung wird bis 1992 2 Millionen Tonnen weniger Schwefel in die Luft geschickt. Bis zum Jahr 1987...

WASSER

Die Regierung Helmut Kohl hat den Grundwasser-Schutz durch das Grundwasser-Schutzgesetz und die Bundeswasserhaushaltsgesetze verbessert. Die Bundesregierung hat die Wasserqualität durch die Einführung von Grenzwerten für Nitrat, Blei, Kupfer und Cadmium gesichert. Die Bundesregierung hat die Wasserqualität durch die Einführung von Grenzwerten für Nitrat, Blei, Kupfer und Cadmium gesichert. Die Bundesregierung hat die Wasserqualität durch die Einführung von Grenzwerten für Nitrat, Blei, Kupfer und Cadmium gesichert.

BODEN

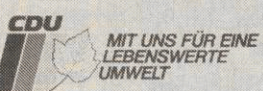
Durch die von der Regierung Kohl initiierte Programm zum Schutz des Bodens werden...

ABFALL

Wichtigste Maßnahme: Vermeidung von Abfall. Die Bundesregierung hat die Abfallwirtschaft durch die Einführung von Grenzwerten für Schwermetalle verbessert. Die Bundesregierung hat die Abfallwirtschaft durch die Einführung von Grenzwerten für Schwermetalle verbessert. Die Bundesregierung hat die Abfallwirtschaft durch die Einführung von Grenzwerten für Schwermetalle verbessert.

LÄRM

Der Lärm durch den Verkehr wird durch die Einführung von Grenzwerten für die Lärmbelastung durch den Verkehr gesenkt. Die Bundesregierung hat die Lärmbelastung durch den Verkehr durch die Einführung von Grenzwerten für die Lärmbelastung durch den Verkehr gesenkt. Die Bundesregierung hat die Lärmbelastung durch den Verkehr durch die Einführung von Grenzwerten für die Lärmbelastung durch den Verkehr gesenkt.



Rahmenflugblatt: Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

Die Vorderseite mit dem Aktionszeichen steht für den Eindruck von Informationen der CDU-Kreisverbände zur Verfügung. Die Rückseite enthält die Bilanz der erfolgreichen Umweltpolitik der Bundesregierung.

Mindestabnahme: 500 Stück
 Preis pro Mindestabnahme: 25,- DM
 Bestell-Nr. 1695

Argumentationsfaltblatt: Zum Schutz der Natur – Zum Wohle des Menschen

Fünf Thesen zur Umweltpolitik
 Das Faltblatt erläutert in Thesenform wichtige umweltpolitische Fragen, wie z. B. den Zusammenhang von Marktwirtschaft und Umweltschutz und die Notwendigkeit des technischen Fortschritts für den Umweltschutz.
 Mindestabnahme: 100 Expl.
 Preis pro Mindestabnahme: 10,- DM
 Bestell-Nr. 2608

Broschüre: Boden und Landschaft Gemeinsam müssen wir unsere Umwelt schützen

Dokumentation des Fachkongresses der Christlich Demokratischen Union Deutschlands am 13. November 1984 in Bonn
 Mindestabnahme: 50 Expl.
 Preis pro Mindestabnahme: 26,50 DM
 Bestell-Nr. 5607

Zeitung:

Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

Luft — nicht allein der Mensch braucht sie zum Atmen

Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

Unser Wasser wird immer besser

Umwelt-Tips von A-Z

Umweltschutz braucht Marktwirtschaft

Wir dürfen unseren Boden nicht mit Füßen treten

Kampf dem Lärm: Jeder hat ein Stillezone

Müll — da sind wir fleißig

CDU
MIT UNS FÜR EINE
LEBENSWERTE
UMWELT

Die Umweltzeitung enthält Artikel zu allen wichtigen Umweltfragen. Die erfolgreiche Arbeit der Bundesregierung Helmut Kohl wird besonders auf den Gebieten Luft, Wasser, Boden, Abfallbeseitigung und Lärm ausführlich dokumentiert. Auf der Innenseite ist ein großformatiges, vierfarbiges Umweltposter mit einem Umwelt-ABC für den täglichen Gebrauch zu Hause abgebildet.

Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 19,— DM
Bestell-Nr. 2662

Rahmenplakat (DIN A1)

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr. 8695

Aktionshandbuch: Umweltaktionen von A-Z Mach mit!

Vielfältige Aktionsbeispiele
Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM
Bestell-Nr. 3670

CDU



**MIT UNS FÜR EINE
LEBENSWERTE
UMWELT**

Bestellung an IS-Versandzentrum Postfach 13 28, 4804 Versmold

Besteller und Versandanschrift 	Der Versand soll erfolgen (bitte ankreuzen) <input type="checkbox"/> Normalversand <input type="checkbox"/> Eilzustellung (gegen gesonderte Berechnung)
☎ des Bestellers /	

Gilt nur für Landes- und Kreisverbände:

Bitte tragen Sie in den nebenstehenden Kästchen die Nummer Ihres Verbandes ein (siehe Jahrbuch der CDU/CSU)

--	--	--	--

Best.-Nr.	Anzahl	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Preis
2662		Faltzeitung „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“ (mit farbigem Poster)	
2664		Prospekt „Unsere Luft wird sauberer“	
5607		Broschüre „Boden und Landschaft“	
3670		Handbuch „Umweltaktionen von A bis Z“	
2608		Argumentationsfaltblatt „Fünf Thesen zur Umweltpolitik“	
1695		Rahmenflugblatt DIN A4 „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“	
8695		Rahmenplakat DIN A1 „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“	

Datum

Stempel

Unterschrift

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Button Offensive '87

Mit dem
Button
können alle
Mitglieder
zeigen, daß sie
bei der
Offensive '87
aktiv mitmachen.

Mindestabnahme:

100 Stück

Preis pro

Mindestabnahme: 14,— DM

Bestell-Nr. 9700



UID

3/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon
(02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis**
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-
Druck, Düsseldorf.